

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands im Burgenland

Seit mehreren Monaten demonstrieren zehntausende Menschen österreichweit im Rahmen der Fridays-for-Future-Bewegung. Sie fordern, dass der Nationalrat und die Bundesregierung, die Bundesländer, die Städte und die Gemeinden sofort, effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen!

Die jungen Menschen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist höchste Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits Klimaveränderungen mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1°C gestiegen, weil die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten unnatürlich stark angestiegen ist. Aufgrund lokaler Gegebenheiten beträgt der bereits erfolgte Temperaturanstieg im Alpenraum sogar über 2°C. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Überall auf der Welt und ganz besonders auch in Österreich, da wir als Land mit großem Wohlstand und hohem Energieverbrauch mit gutem Beispiel vorgehen können und müssen.

Bereits 1,5 °C globale Erwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. In Österreich ist die Klimakrise schon heute zu spüren, Bereiche wie zum Beispiel die Landwirtschaft und der Wintertourismus sind direkt von den Folgen betroffen. Auch viele Tiere leiden darunter, das Artensterben und Biodiversitätsverluste werden beschleunigt. Wetterextreme und Naturkatastrophen treten durch die Klimakrise häufiger und in größerer Intensität auf. In den Jahren 2013, 2015 und 2017 gab es in Österreich mehr Hitzetote als Verkehrstote, die vergangenen 4 Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messgeschichte.

Die Klimakrise ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Sie ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem.

Konkretes Handeln jeder einzelnen Person ist wichtig, es kann und soll aber nicht erwartet werden, dass die Lösung dieser Krise alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Daher braucht es jetzt auf kommunaler Ebene, Landes-Ebene, nationaler und internationaler Ebene wirksame Maßnahmen, um dieser bereits beginnenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Erwärmung global bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Deshalb ist es wichtiger denn je, jetzt zu handeln!

Der Burgenländische Landtag

1. erklärt den **Klimanotstand** und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen des Landes Burgenland nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.

3. verpflichtet sich, rasch Maßnahmen zu ergreifen, welche den Ausstoß von Treibhausgasen nachweislich und massiv verringern, um die Emissionen bis 2030 auf Netto-Null, ohne Einsatz von Kompensations-Technologien, zu reduzieren.
4. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz bei jeglichen Entscheidungen und stellt mittels einer Bestätigung in jedem Antrag deren positive Auswirkung fest.
5. überprüft alle bestehenden Gesetze, Verordnungen bzw. Maßnahmen in Bezug auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz, insbesondere in den Bereichen Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung und Energie.
6. orientiert sich bei allen Maßnahmen an den Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC), des „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC) und den Einschätzungen von anerkannten Expert*innen aus dem Klima- und Umweltbereich.
7. fordert die/den Bürgermeister/in auf, dem Burgenländischen Landtag und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Emissions-Reduktion im Speziellen, sowie bei Umwelt- und Artenschutz im Allgemeinen, Bericht zu erstatten.
8. fordert auch andere Gemeinden, Städte, Bundesländer und die Bundesrepublik Österreich dazu auf, den Klimanotstand auf nationaler Ebene zu erklären und die Bevölkerung Österreichs umfassend über die Klima- und ökologische Krise zu informieren.

Begriffserklärung: Der „**Klimanotstand**“ (engl. „climate emergency“) ist ein starkes politisches Signal, welches einen Kurswechsel in der Klima- und Umweltpolitik ankündigt. Die Klimakrise wird von den Entscheidungsträger*innen öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anerkannt und wissenschaftliche Erkenntnisse zu Klima- und Umweltschutz zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht. Der Klimanotstand ist keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen.

Die Erklärung dient dazu, alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten - hin zu einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen.

Die burgenländische Klimaschutzbewegung „Fridays For Future“



Fridays For Future Eisenstadt
Ben Hergovich
ben.hergovich@gmail.com



Fridays For Future Südburgenland
Julia Zink
fridaysforfuture.suedbgld@gmail.com

Website: www.fridaysforfuture.at/